



Rheinland-Pfalz

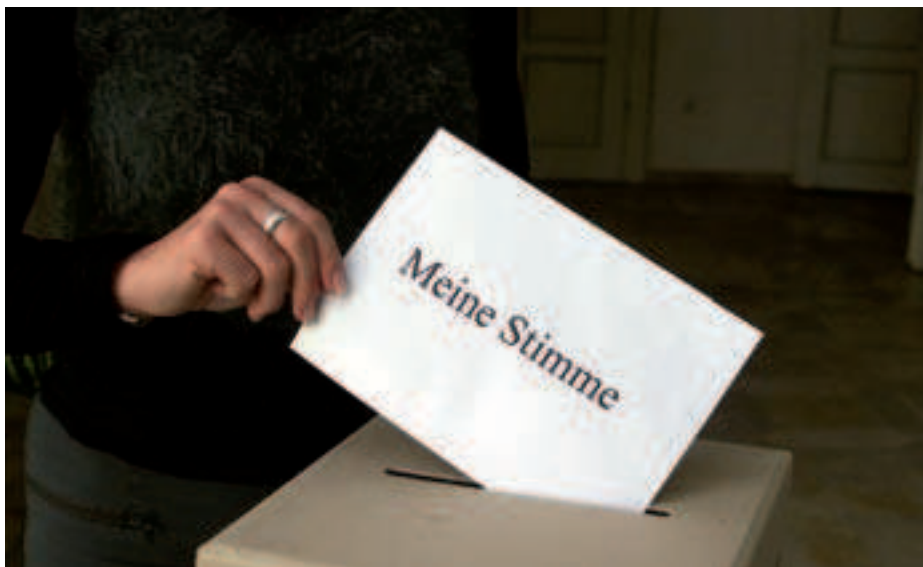
BEAUFTRAGTE DER  
LANDESREGIERUNG  
FÜR MIGRATION  
UND INTEGRATION

# Treffp • nkt

Magazin für Migration und Integration 1|2010



**Berufliche Ausbildung**  
**Wahl der neuen Integrationsbeiräte**  
**Umsetzung des Integrationskonzepts**



Bilderbox

Jede Stimme beworben: 25.000 Menschen gingen am 8. November zur Wahl

# Die Zukunft gemeinsam gestalten

## Zur Wahl der Integrationsbeiräte. Von Miguel Vicente

Manche Tage vergehen dann doch so schnell, dass sie vergessen lassen, wie viele Anstrengungen und Ereignisse erst dorthin geführt hatten. Die Rede ist vom 8. November 2009, als in Rheinland-Pfalz die neuen Beiräte für Migration und Integration gewählt wurden. Der Tag, an dem rund 25.000 Menschen zur Wahl gingen (falls sie es nicht schon vorher per Briefwahl getan hatten), um die 457 Mitglieder in 47 kommunalen Beiräten mit ihrer Stimme zu bestimmen.

Vieles ging dem Wahltag voraus. Unzählige Menschen hatten sich zuvor im Wahlkampf engagiert. Darunter die 1.087 Kandidatinnen und Kandidaten, so viele wie seit den Ausländerbeiratswahlen 1994 nicht mehr. Landesweit begleitete dies eine vom Land geförderte Informations- und

Motivationskampagne; Informationen und Materialien zur Wahl wurden erstellt, die Kandidaten geschult, Veranstaltungen organisiert und vieles mehr.

### Ein langer Weg

Ja, es war ein langer Weg bis zum 8. November. Ein Weg, der aus den alten Ausländerbeiräten hin zu den neuen Beiräten für Migration und Integration führen sollte. Ein Weg, in dem es galt, eine Idee mit Leben zu füllen und die Menschen dabei mitzunehmen. Es galt, der Integrationspolitik in den Kommunen einen Schub zu geben und die Zugewanderten an diesem Prozess zu beteiligen. Und es galt vor allem, Integration als Gemeinschaftsaufgabe zu verankern, an der alle ihre Rolle und ihren Anteil an Verantwortung finden

können. Diesen Zielen ging ein langer Diskussionsprozess voraus, der in der gesetzlichen Reform der früheren Ausländerbeiräte mündete. Im November 2008 beschloss der rheinland-pfälzische Landtag einstimmig das entsprechende Gesetz und machte somit den Weg frei zur Einrichtung der neuen Beiräte für Migration und Integration. Ein Schritt, der längst fällig war. Denn die Ausländerbeiräte gehörten einer Zeit an, in der Integrationspolitik nicht den Stellenwert hatte, den sie heute hat. Auch die gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen Jahre verlangten nach einer neuen Rolle der Beiräte.

Die Idee der früheren Ausländerbeiräte geht im Grunde bis in die 80er Jahre zurück. Damals wollte man „Ausländern“ eine Möglichkeit der politischen Partizipation eröffnen, weil kaum jemand von ihnen das Wahlrecht besaß. In den Kommunen wie auch auf Länder- und Bundesebene spielte das Thema der Integration von Zuwanderern eher eine Randrolle. Man glaubte, Ausländern müsste die deutsche Sprache nur richtig beigebracht werden. Und bei genügend Hilfe, sich an die hiesigen Gegebenheiten anzupassen, dann würde es mit der Integration schon von alleine klappen.

Es bestand ein im Grunde naiver Glaube, Deutschland müsste sich durch die Zuwanderung gar nicht verändern. Eine Wunschvorstellung, wie sich rückblickend erweist, oder eine hartnäckige „Lebenslüge“, wie manche meinen.

### Neue Sichtweise

Dies scheint nun vorbei zu sein. Seit gut zehn Jahren setzt sich langsam ein gesellschaftlicher und politischer Konsens durch, der Deutschland als Einwanderungsland deutet. Politik und Gesellschaft haben in den vergangenen Jahren durchaus beachtliche

Anstrengungen unternommen, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Ob immer die richtigen Konsequenzen daraus gezogen wurden und werden, steht natürlich auf einem anderen Blatt.

Auch die Ausländerbeiräte konnte diese Entwicklung nicht unberührt lassen. Und es waren die Ausländerbeiräte selbst, die diese Forderung sehr frühzeitig stellten.

Die Bevölkerungsstruktur der Migrantinnen und Migranten hat sich ebenso gewandelt wie ihr selbstbewusster Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe. Ein Ausländerbeirat, der nur das fehlende Wahlrecht ersetzen sollte, war längst nicht mehr zeitgemäß. Genauso wenig wie ein Beirat, der ein Schattendasein führt, weil dessen Meinungen und Ideen nicht wahrgenommen und genutzt werden. Dies haben viele Beiräte so empfunden, in Rheinland-Pfalz und in den anderen Bundesländern.

Und so wie Deutschland insgesamt bunter geworden ist, sind die Zugewanderten selbst vielfältig und heterogen. So hat jeder zweite Einwohner mit Migrationshintergrund eine deutsche Staatsangehörigkeit, als Aussiedler, Eingebürgerter oder Doppelstaatler. Viele von ihnen wollen sich einbringen, in Parteien, in Verbänden oder eben in einen Migrationsbeirat. Doch die früheren Ausländerbeiräte schlossen diese aus, weil sie keine „Ausländer“ waren. Den deutschen Pass zu besitzen, galt als eine Art verbriefte Form der „gelungenen Integration“. Als wenn der Pass davor schützen könnte, in der Schule, im Arbeitsleben oder in Behörden nicht benachteiligt zu werden.

Daher war die Öffnung der Beiräte für alle Zugewanderten, unabhängig ihres Status, eines der wichtigen Anliegen der Reform. Eine Maßnahme, die auf eindrucksvolle Weise angenom-

men wurde. So hatte jeder zweite der 1.087 Kandidatinnen und Kandidaten eine deutsche Staatsbürgerschaft. Was sich auch auf die gewählten 457 Mitglieder übertragen hat. Auch dort hat etwa jeder zweite die deutsche Staatsangehörigkeit.

Ein weiteres wichtiges Ziel der Reform war die Einbindung des Beirates in die politischen Strukturen der Kommune. Das frühere „Schattendasein“ sollte damit ein Ende haben, Politik und Verwaltung mit in die Pflicht genommen werden. Dazu ermöglicht das Landesgesetz neben den gewählten, weitere Mitglieder zu berufen, die von den Fraktionen entsandt werden. Auch dies ist auf achtbare Resonanz gestoßen.

Bis auf wenige Ausnahmen werden alle Kommunen dies nutzen; weitere 158 berufene Mitglieder werden landesweit dann in die Arbeit der neuen

Beiräte eingebunden werden. Das Motto der Wahlkampagne „Gemeinsam Zukunft gestalten“ erhält dadurch seine konkrete Form.

### Resonanz gestiegen

Und wie hat sich dies alles auf die Wahlbeteiligung ausgewirkt? Viele haben diese Frage mit Spannung erwartet. Schließlich sollte man daran ablesen können, ob die neuen Beiräte auch bei den Wählerinnen und Wählern angekommen ist. Und die Zahlen sagen ja, die Resonanz ist gestiegen. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung stieg von 9,0 Prozent im Jahre 2004 auf nun 10,8 Prozent.

Die meisten Kommunen legten zu: in 25 Gebietskörperschaften stieg die Wahlbeteiligung, in zwei Kommunen blieb sie weitestgehend unverändert, in 18 sank sie im Vergleich zu 2004.

**8. November 2009**

**Wahl der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz**

**Mehr Frauen für Integration!**

**GEMEINSAM ZUKUNFT GESTALTEN!**

Mit Broschüren und Plakaten informierte und motivierte die Landesregierung.



Nicht nur dank Fremdwörterbuch ein Begriff: Lexikon-Eintrag „Integration“

Auch ein differenzierter Blick zeigt eine erhöhte Mobilisierung. So gingen jetzt im Durchschnitt pro Kommune 536 Personen wählen, 2004 waren es mit 387 Personen pro Kommune deutlich weniger.

Auffällig ist das gute Abschneiden der kleineren Städten und Gemeinden. Die Wahlbeteiligung in diesen Kommunen (Wahlberechtigte unter 4.000 Personen) liegt bei über 15 % und somit deutlich über den Durchschnitt. Weniger gut haben die großen Städte und die Landkreise abgeschnitten.

Erwähnenswert ist auch die Verteilung der Mitglieder nach ihrem Geschlecht. Mit einem Frauenanteil von rund 40 % (2004 waren es 32 %) aller gewählten Mitglieder ist er beachtlich, wenn man bedenkt, dass dieser in den Gemeinderäten in Rheinland-Pfalz deutlich unter 20 Prozent liegt. In Sachen Gleichberechtigung sind Migranten an dieser Stelle weiter.

Eine weitere Zahl sollte ebenfalls Aufmerksamkeit erwecken, nämlich die Altersverteilung der gewählten Beiratsmitglieder. So ist fast jedes zweite Mitglied jünger als 40 Jahre, etwa 18 Prozent jünger als 30. Auch junge Menschen haben sich also für die Arbeit in den neuen Beiräten begeistern lassen. Ein ermutigendes Zeichen.

### Achtung: Trugschluss!

Doch kommen wir zur Frage der Wahlbeteiligung zurück. Wenn Wahlen anstehen, ist klar: Jeder schaut auf die Ergebnisse. Nicht wenige Beobachter haben sich eine höhere Wahlbeteiligung erhofft und 10,8 Prozent Wahlbeteiligung als eher enttäuschend bezeichnet. Gerade in der Medienberichterstattung waren nicht selten Überschriften wie „Migranten bleiben den Wahlen fern“ zu lesen. Dies setzte man dann mit angeblich fehlendem Interesse seitens der Wählerinnen und Wähler an den Beiratswahlen gleich.

Auch dieses Phänomen könnte man zu den hartnäckigen Fehlerwartungen zählen. Denn wer die Rahmenbedingungen kennt, weiß, dass eine hohe Beteiligung bei solchen Wahlen nicht zu erwarten ist. Hier stehen ja keine großen Gruppierungen dahinter, wie z. B. Parteien, mit großen finanziellen Möglichkeiten, die eine große Wahlkampagne auf die Beine stellen könnten. Es sind vielmehr nicht selten Einzelpersonen oder kleine Vereine, die mit geringen Mitteln vor der schwierigen Situation stehen, gezielt potentielle Wählerinnen und Wähler anzusprechen und zu mobilisieren. Oft fehlt es auch an einer breiten und somit wirkungsvollen Berichterstattung der Medien.

All dies führt dazu, dass die Wähler oft gar nicht wissen, wer kandidiert und wofür die Kandidatinnen und Kandidaten stehen. Dass genau dies wichtig ist, um sich für einen Kandidaten oder einer Kandidatin entscheiden zu können, sollte auch den Kritikern bekannt sein. Also lassen wir die Kirche im Dorf. Es ist unfair gegenüber den Kandidatinnen und Kandidaten, kaum erfüllbare Erwartungen zu erheben, und ihnen das Gefühl zu vermitteln, sie hätten sich nicht genug ins Zeug gelegt. Das fördert nicht die Bereitschaft sich bürgerschaftlich zu engagieren. Gerade diese Bereitschaft wollten wir aber mit der Reform fördern.

### Zukunft gemeinsam gestalten

Nun sind jetzt die Wahlen gelaufen, die Beiräte haben sich konstituiert und ihre Arbeit aufgenommen. Für viele wird dieser Anfang nicht einfach sein, vor allem, wenn sie diese Arbeit zum ersten Mal machen. Und das trifft bei den meisten zu. Denn knapp zwei Drittel der gewählten Beiratsmitglieder sind zum ersten Mal in einen Beirat gewählt worden. Auch das ist ein positives Signal, weil es zeigt, dass es an Nachwuchs nicht mangelt. Ob die neuen Mitglieder Gefallen an ihrer Arbeit finden und sie damit einen Beitrag zur Gestaltung unserer Einwanderungsgesellschaft leisten können, wird entscheidend davon abhängen, ob sie sich akzeptiert und eingebunden fühlen. Auch, ob sie die nötige Unterstützung finden. Dass die AGARP diese Unterstützung geben wird, ist selbstverständlich. Zu hoffen ist, dass sich viele an dieser Unterstützung beteiligen, damit auch weiterhin gilt: „Zukunft gemeinsam gestalten“.

*Miguel Vicente*

Miguel Vicente ist Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz (AGARP).